Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

mit Loschwitzer Anzeiger

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Fernsprech-Anschluß: Amt Dresden Nr. 31307
Tel.-Adr.: Elbgaupresse Blasewitz

Bank-Konto: Stadtbank Dresden, Girokasse Blasewitz Nr. 606
Postscheck-Konto: Nr. 817 Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgau-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Hermann Beyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Drache, für den übrigen Inhalt Eugen Werner, beide in Dresden.

Erscheint täglich mit den Beilagen: Amtl. Fremden- und Kurliste, Leben im Bild, Agrar-Warte, Radio-Zeitung, Mußestunden, Aus alter und neuer Zeit, Moden-Zeitung, Schnittmusterbogen. Der Bezugspreis beträgt frei ins Haus monatl. Mk. 1.90, durch die Post ohne Zustellgebühr monatl. Mk. 2.-. Für Fälle höh. Gewalt, Krieg, Streiks usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung bzw. Nachlieferung der Zeitung od. Rückzahl. d. Lesegeldes. Druck: Clemens Landgraf Nachfl., Dresden-Freital. Bei unver'angt eingesandt. Manuskripten ist Rückporto beizufüg. Für Anzeigen, welche durch Fernspr. aufgegeb. werden, könn. wir eine Verantwort. bez. der Richtigkeit nicht übernehm.

Anzeigen werden die 8gespaltene Petit-Zeile mit 20 Goldpfennigen berechnet, Reklamen die 4 gespaltene Zeile mit 60 Goldpfennigen. Anzeigen u. Reklamen mit Platzvorschriften und schwierigen Sätzen werden mit 50% Aufschlag berechnet. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telephonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Insertionsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeige fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zeilenpreis in Rechnung gebracht. Rabattanspruch erlischt: b. verspät. Zahlung, Klage od. Konkurs d. Auftraggebers.

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Tolkewitzer Str. 4
67. Jahrgang

Nr. 26 — Sonnabend, den 31. Januar — 1925

Dr. Luthers Antwort an Herriot

Eine sachliche und würdige Zurückweisung der von Herriot erhobenen Anschuldigungen. — „Wo ist bei uns Waffengeklirr?" — Die Notwendigkeit einer strafforganisierten Polizei. — Moralische Abrüstung!

Der Reichskanzler spricht zur Presse

In den Räumen der Presseabteilung der Reichsregierung fand Freitag abend ein Empfang der ausländischen Presse statt, deren Berliner Vertreter fast vollzählig erschienen waren.

Nach einer Begrüßungsansprache des Leiters der Presseabteilung der Reichsregierung Ministerialdirektor Dr. Kiep ergriff

Reichskanzler Dr. Luther

das Wort zu einer Rede, in welcher er u. a. ausführte: Wir haben erwartet, daß mit der Londoner Konferenz eine neue Epoche eingeleitet sei, eine Epoche in der die großen internationalen Probleme überhaupt nicht mehr durch einseitige Entscheidungen sondern auf dem Wege des friedlichen Ausgleiches der Interessen gelöst würden. In dieser Hoffnung ist Deutschland mit dem Beginn des neuen Jahres schwer enttäuscht worden. Sie alle kennen den Verlauf und den Stand des ernsten Konfliktes, der wegen der

Räumung der nördlichen Rheinlandzone

entstanden ist. Die bisherige Behandlung dieses Konfliktes durch öffentlichen Notenwechsel, den die Alliierten eingeleitet haben und den die Reichsregierung notgedrungen hat aufnehmen müssen, ruft in Deutschland naturgemäß wieder die Erinnerung wach an die bedenkliche und fruchtlose Methode der ersten Nachkriegsjahre. Es läßt sich nicht verhehlen, daß in der im letzten Sommer angesetzten Entwicklung

ein Rückschritt

eingetreten ist, der hüben und drüben die begonnene Beruhigung der Geister wieder gefährdet. Das ist nicht nur im Interesse Deutschlands, sondern im Interesse der allgemeinen Weltpolitik tief zu bedauern. Die Alliierten beschuldigen Deutschland des Vertragsbruches und ziehen daraus Folgerungen von größter Tragweite. Ich muß immer und immer wieder darauf hinweisen, was es bedeutet, wenn man einen Vertragsbruch behauptet, wenn man damit Sanktionsmaßnahmen begründet, wenn man es aber nicht einmal für notwendig hält, dem betroffenen Lande durch Substantiierung der Beschuldigung die Möglichkeit der sachlichen Auseinandersetzungen zu geben. Herriot macht uns Vorwürfe, daß wir durch Ausbildung von Zeitfreiwilligen Reservetruppen geschaffen hätten. Wenn man in Deutschland damals, als unsere innerpolitischen Verhältnisse eine besonders gefährliche Spannung zeigten, wirklich einige Tausend Studenten für einige Wochen zu Uebungen herangezogen hat, was bedeutet das für das Ausland angesichts der Tatsache, daß es in ganz Deutschland die modernen Kampfmittel, die für die Kriegführung allein ausschlaggebend sind, überhaupt nicht mehr gibt? Herriot sagt selbst, daß mehr als 33 000 Kanonen, 23 000 Lafetten, 11 000 Minenwerfer, mehr als 4½ Millionen Minenwerfergeschosse, mehr als 87 000 Maschinengewehre, 4½ Millionen Gewehre, mehr als 400 000 Kartuschen und ungefähr 10 Millionen Handgranaten zerstört worden seien! Demgegenüber fallen doch die von ihm erwähnten Funde von angeblich 100 000 Stahlstäben für Gewehrläufe, 17 000 Stahlstäben für Maschinengewehrläufe, 10 000 Pistolenläufe und 100 Werkzeugkästen wirklich nicht ins Gewicht.

Kein ernsthafter Militär wird sich dazu verstehen, derartigen Dingen irgendwelche militärische Bedeutung beizumessen.

Ich kann Sie aber versichern, daß die Reichsregierung fest entschlossen ist, Verstöße in der Entwaffnung, die von den Alliierten nachgewiesen werden oder sonst zu unserer Kenntnis gelangen, zu beseitigen.

Man gebe uns zu diesem Zweck endlich den Bericht, in dem die Kontrollkommission das Ergebnis von mehr als 1800 Besuchen zusammengestellt hat, und wir werden den Nachweis erbringen, daß wirklich kein Anlaß vorlag oder vorliegt, diesen einzelnen Fragen den Charakter eines internationalen Konfliktes zu geben.

Eine besondere Behandlung erfordert die Polizei,

auf die der französische Ministerpräsident großes Gewicht zu legen scheint. Sie, meine Damen und Herren, kennen die deutschen Verhältnisse aus eigener Anschauung. Sie werden deshalb Verständnis dafür haben, daß wir nach unserer ganzen inneren Lage auf die Polizei, die straffer als unser Polizei vor dem Kriege organisiert ist, nicht verzichten können. Ich brauche zur Begründung nur auf die kommunistische Bewegung hinzuweisen, die auch in anderen Ländern zu schaffen macht. Ohne daß ich damit ein Schreckgespenst an die Wand malen will. Die deutsche Reichswehr ist infolge ihrer starken Verteilung sehr wenig geeignet, dieser Gefahr zu begegnen.

Wir bedürfen dazu einer Polizei, die imstande ist, ohne jede Verzögerung in Aktion zu treten.

Im übrigen sind das organisatorische Einzelfragen, über die meiner Ansicht nach bei vorurteilsfreier Behandlung unschwer eine Verständigung herbeigeführt werden könnte. Die Verbündeten, die Amerikaner, so hat der französische Ministerpräsident vorgestern ausgerufen, sollen wissen, daß Frankreich nicht ruhig sein kann, „solange von Deutschland dieses Waffengeklirr herüberschallt". Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie um alles in der Welt,

wo hören Sie in Deutschland ein solches Waffengeklirr?

Es klingt fast wie Hohn, wenn solche Worte über ein Land gesagt werden, in dem es keine staatlichen Rüstungsbetriebe gibt, dessen geringgültige Truppen weder schwere Artillerie noch Flieger noch Tanks besitzen, dessen Festungen geschleift oder völlig unmodern sind und von dessen Gebiet man 55 000 Quadratkilometer einseitig zugunsten seiner Nachbarn demilitarisiert hat.

Wichtiger als die Zahl der Waffen und Munition ist die moralische Abrüstung.

Nur glaube ich allerdings nicht, daß ein Mangel an moralischer Abrüstung aus einzelnen Sätzen militärischer Dienstinstruktionen gefolgert werden kann wie Herriot sie zitiert hat. Im übrigen wird aber die moralische Abrüstung in einem gesund empfindenden Volke sicherlich nicht dadurch gefördert, daß es sich allein unter den übrigen Völkern den minutiösesten Kontrollmaßnahmen unterworfen sieht. Ich hoffe doch, daß mancher, der die Rede des französischen Herrn Ministerpräsidenten ohne Voreingenommenheit gelesen hat, sich fragen wird, können die Alliierten nur diese Einzelheiten zur Begründung der Nichträumung der Kölner Zone anführen? Und ich knüpfe hieran die weitere Frage an Herrn Herriot: Ist er entschlossen, die nördliche Rheinlandzone sofort zu räumen, nachdem die Beseitigung der Deutschland etwa nachgewiesenen Verstöße in der Abrüstung sichergestellt ist? Eine klare Antwort auf diese Frage finde ich in seiner Rede nicht. Sie werden es begreiflich finden, daß weite Kreise in Deutschland die alliierte Begründung der Nichträumung nur als Vorwand ansehen und andere Motive dahinter vermuten. Auch in der Presse des Auslandes ist vielfach von diesen anderen Motiven und zugleich von der Möglichkeit die Rede gewesen, ihnen durch ein Kompromiß Rechnung zu tragen.

Ich kann in dieser Hinsicht nur nochmals betonen, daß die Reichsregierung bisher niemals Gelegenheit gehabt hat, zu der Möglichkeit eines solchen Kompromisses Stellung zu nehmen.

Sie würde es, wenn die Räumung zu einem späteren Termin, sagen wir einige Monate nach dem 10. Januar, wirklich garantiert wäre, nicht ohne weiteres abgelehnt haben, und würde es auch jetzt nicht ohne weiteres ablehnen. Zu all solchen Lösungen kann man nur gelangen, wenn man die Angelegenheit nicht in einem öffentlichen Notenwechsel, sondern auf dem Wege vertrauensvoller Verständigung behandelt. Der Ministerpräsident hat die Einzelheiten seiner vorgestrigen Ausführungen unter dem Gesichtspunkte

der allgemeinen Sicherheitsfragen

gestellt. Er hat damit ein Thema angeschnitten, das auch in Deutschland die Oeffentlichkeit lebhaft beschäftigt. Es liegt auf der Hand, daß das von stark gerüsteten Nachbarn umgebene, entwaffnete Deutschland das Bedürfnis nach Sicherheit lebhaft empfindet. Die Reichsregierung steht deshalb dem Sicherheitsgedanken nicht nur sympathisch gegenüber, sondern hat an seiner Verwirklichung auch ihrerseits ein reales Interesse. Die Sicherheitsfrage ist der Kern dieser politischen Probleme. Sobald für die Sicherheit Frankreichs eine Lösung gefunden ist, ergibt sich damit die Lösung der meisten übrigen Fragen nahezu von selbst. Herr Herriot hat bei seinen Ausführungen den

Gedanken einer Weltkonvention

in den Vordergrund gestellt, wie sie durch das bekannte Genfer Protokoll vom Herbste vorigen Jahres angestrebt wird. Eine solche, alle Staaten umfassende Weltkonvention scheint auch mir das Endziel zu sein. Ob es praktisch möglich ist, dieses Endziel jetzt unmittelbar zu erreichen, ist wohl noch ungewiß. Wenn aber internationale Verträge von der Art eines Garantiepaktes wirksam sein sollen, ist es nötig, daß nicht nur die Regierungen rechtlich daran gebunden sind, sondern daß auch der geschlossene Wille der Völker selbst dahinterstehe.

Die wahre Verständigung und Versöhnung zwischen den Völkern kann nicht vollendet werden, solange ein einzelnes Land zum Verbrecher an der Menschheit gestempelt wird und sich nicht das ganze Ausland von der Unrichtigkeit der Anklage überzeugt, das deutsche Volk habe durch seine Angriffe den Weltkrieg entfesselt.

Es erscheint mir auch für das Zusammenleben der Völker nicht erforderlich, wenn versucht wird, innenpolitische Gegensätze anderer Länder für die Auseinandersetzung über auslandspolitische Probleme zu verwerten. Ich hoffe, daß die französische Regierung, die nach den Worten ihres Leiters die innere Politik ihrer Leiter respektiert, diesen selbstverständlichen Grundsatz Deutschland gegenüber nicht außer acht läßt. Davon abgesehen möchte ich in diesem Zusamenhang aber die Frage stellen,

welchen Anlaß das Ausland hat, von der Regierung Luther irgendeine reaktionäre Politik zu befürchten?

Es ist gerade mein Bestreben gewesen, eine Regierung zu bilden, die eine breite Grundlage im Parlament besitzt und dadurch den parlamentarisch-demokratischen Gedanken in möglichst weitem Umfange verwirklicht. Man hat der Sorge Ausdruck gegeben, wie sich die Auslandspolitik der Regierung Luther gestalten werde. Ich bitte Sie, meine beiden Reichstagsreden nachzulesen, die auch in diesem entscheidenden Punkte Klarheit und eindeutige Auskunft geben. Ich will insbesondere feststellen, daß die Londoner Vereinbarungen für uns bindendes Recht sind.

Herriot hat seine ganze Politik vorgestern zusammengefaßt in die drei Worte: Schiedsgericht, Sicherheit, Abrüstung. Dieses Programm kann ich für Deutschland akzeptieren.

Die Reichsregierung ist bereit, sich dafür einzusetzen, daß der Schiedsgerichtsgedanke, dessen Verwirklichung vielleicht den wertvollsten Teil der Londoner Vereinbarungen darstellt, im internationalen Leben immer allgemeiner zur Geltung kommt. Sie will, wie ich schon betonte, mitwirken an der Herstellung einer Gewähr für die Sicherheit und Freiheit der Völker. Hinsichtlich der Abrüstung hat sie eine gewaltige Vorleistung bewirkt und kann man nur hoffen, daß der im Versailler Vertrag angegebene Grund für diese Vorleistung, die allgemeine Abrüstung, bald in die Tat umgesetzt wird.

Der Mann von Idaho

Es ist nichts ungewöhnliches, daß ein amerikanischer Präsident nach seiner Wiederwahl den Kurs wechselt, die Zügel straffer anzieht, seine bisherigen Freunde im In- und Auslande überrascht. Er kann nun selbstherrlicher, ohne Rücksichten auf „Popularität" und auch mit geringeren Bindungen an seine Partei schalten und seine eigenen Ideen durchsetzen. Denn nach der Verfassung der Vereinigten Staaten kann er ein drittes Mal nicht mehr gewählt werden. Präsident Coolidge hat von dieser Regel keine Ausnahme bilden wollen, und wenn die Aufgaben seiner meisten Amtsvorgänger mehr auf dem Gebiete der Inneren Politik lagen, so haben die Vereinigten Staaten heute ein weltpolitisches Programm zu erledigen: Die Eintreibung ihrer Kriegsschulden. Daher bedeutet das große „Revirement" in den führenden Männern der amerikanischen Außenpolitik, welches der Präsident alsbald nach seiner Wiederwahl vorgenommen hat, ein Programm. Es ist nirgends mißverstanden worden, und hierfür hat in erster Linie ein Name gesorgt, der Senator Borah. Dieser Name konnte nicht mißverstanden werden.

Auch in Amerika wachsen die im Vormachtsringen der Völker führenden Geister nicht in den Avenuen der Wasserkopfstädte und in den Straßenschluchten zwischen den Wolkenkratzern auf. Aus den Bergwäldern von Idaho, einem der jüngsten Staaten der Union, ist der Senator Borah nach Washington entsandt worden. Von seinem ersten Auftreten an ist er durch eigene und eigenwillige Gedanken aufgefallen, hatte er das Ohr der weiten Welt, so oft er sprach. „Ein Einspänner, ein Eigenbrödler!" so trösteten sich die Klageweiber des Völkerbundes. „Ein ehrgeiziger, jugendfrischer Politiker, der auffallen will." Nun steht dieser leidenschaftlichste Feind des Völkerbundes an der Spitze des Senatskomitees für das Auswärtige, einer Körperschaft, die in zahlreichen Fällen mehr Initiative gehabt hat als der Außenminister; wäre der Völkerbund nicht ohnedies in der Sackgasse des Genfer Protokolls festgefahren, so würde die Berufung Borahs auf seinen jetzigen Posten genügt haben, um jede Hoffnung der Völkerbundschwärmer auf eine Aenderung der ablehnenden Haltung Amerikas zu vernichten.

Die Amerikaner sind die letzten, die bei der Besetzung ihrer Staatsstellen nach dem zustimmenden Kopfnicken des freundlichen Auslandes schielen und danach fragen, wie ein Mann, den sie brauchen, in der ausländischen Presse angeschrieben ist. Aber es traf sich doch gut, daß die französische Propaganda gerade in einem heftigen Feldzug gegen den Senator Borah begriffen war, als die Nachricht von seiner Ernennung zum Vorsitzenden des Senatskomitees für das Auswärtige herübergekabelt wurde. Daß Präsident Coolidge sich diesen Mitarbeiter gewählt hatte, klang wie eine Antwort auf die französischen Kriegsschuldennachlaßwünsche. Nun war es zu spät, den rasselnden Propagandatank in voller Fahrt abzustoppen. Der „Deutschenfreund" Borah war ernannt, und man hatte einen Mächtigen maßlos beschimpft, statt mit der gebotenen Bescheidenheit des faulen Schuldners sein Wohlwollen zu erschmeicheln.

Daß Borah ein „Deutschenfreund" ein „Germanophile" sei, ist eine absichtlich irreführende Unterstellung. Es gibt keine Rede, keinen Antrag von ihm, der sich so deuten ließe, als ob dieser rücksichtslos seine Erkenntnis verfechtende und vorurteilsfrei nach Wahrheit ringende Feuerkopf bisher auch nur ein wenig klarer als seine übrigen geschichts- und europa